

Industrieprojekte Dinslaken

Von: stefan.zimkeit@landtag.nrw.de

An: vorstand@bi-kohlehafen.de, bigg-dinslaken@web.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte entschuldigen Sie, dass ich erst jetzt zur Beantwortung ihrer Fragen zum geplanten Kohlehafen in Voerde und zur Deponie Averburch/Wehofen-Nord komme.

Ich teile ihre Auffassung, dass beide Projekte Auswirkungen auf Dinslakener Stadtteile haben werden und zu Beeinträchtigungen führen können.

Für beide Projekte, wie für alle anderen Industrieprojekte, halte ich deshalb eine breite Beteiligung der Betroffenen an der Planung und Entwicklung solcher Projekte für notwendig. Nur so ist die notwendige Akzeptanz für entsprechende Projekte zu erreichen.

Zu den Projekten im Einzelnen:

Kohlehafen:

Gemeinsam mit der Dinslakener SPD halte ich den Bau des Kohlehafens in Voerde zur Absicherung der Kraftwerke Walsum und Voerde und zur Verminderung des Tarnsportes über die Schiene für notwendig.

Bei der Umsetzung dieses Projektes müssen aus meiner Sicht aber die höchst möglichen Umweltstandard für Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden. Es muss sicher gestellt werden, dass die Maßnahme mit der geringst möglichen Belastung für Mensch und Umwelt umgesetzt wird. Hierbei ist auch die Größe des geplanten Hafens zu diskutieren. Hierzu Bedarf es einer transparenten Verfahrens und hierzu muss sicher gestellt werden, dass Anregungen und Hinweise der Bürgerinnen und Bürger in die Planungen aufgenommen werden.

Deponie Averburch/Wehofen Nord:

Ich befürworte die Änderung der Ausweisung des Gebiets mit der Löschung der Zweckbindung für eine "Bergehalde/Abfalldeponie" und der Änderung zu einem Bereich für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung, wie es von der Stadt Dinslaken beantragt wurde.

Die Umsetzung dieser Änderung würde eine Nutzung zusätzlicher Flächen als Deponie verhindern. Es ist aber leider nicht auszuschließen, dass die entsprechende Änderung des Regionalplanes von der Bezirksregierung abgelehnt wird. Deshalb halte ich es für notwendig zeitgleich einen Dialog mit der Firma Thyssen zu beginnen, um - für den Fall einer Umsetzung der Deponiepläne - einen höchstmöglichen Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Umwelt zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Zimkeit